

SVP-Initiative: SP-Nationalrätin Martina Munz hat mit einem knappen Nein gerechnet

«Menschenwürdig leben»

Das knappe Ja zur SVP-Zuwanderungsinitiative wirft im In- und Ausland hohe Wellen. Wie ist es dazu gekommen? Vor allem aber: Wie soll es weitergehen? Das fragten wir die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz.



«Vielleicht haben wie im Tessin die vielen Grenzgänger den Ausschlag gegeben.»

Foto: Peter Pfister

■ Bernhard Ott

az Martina Munz, haben Sie mit diesem Abstimmungsergebnis gerechnet?

Martina Munz Ich habe ein Nein erwartet, allerdings ein sehr knappes Nein, sozusagen als Denkzettel an die Adresse der Innenpolitik. Dies vor allem als starke Aufforderung, die Rahmenbedingungen im Land und die flankierenden Massnahmen so zu gestalten, dass alle vom Freizügigkeitsabkommen als Teil der Bilateralen Verträge profitieren können: mit

gerechten Löhnen, bezahlbarem Wohnraum und griffigerem Schutz vor Zersiedelung.

Wo sehen Sie die Gründe für den Erfolg der SVP-Initiative?

Wir alle kennen die Probleme der Schweiz wie fehlender Wohnraum, volle Züge und Lohndruck. Es ist sehr verlockend, dafür einen Sündenbock zu suchen: die Ausländer. Wir meinen den Sack, schlagen aber den Esel. Der Wirtschaft ging es in den letzten Jahren gut. Das Wirtschaftswachstum war aber nur dank des Zuzugs

von ausländischen Fachkräften möglich. Die bürgerlichen Parteien haben die echten Lösungen immer wieder verhindert und die Zuwanderung mit ihrer Tiefsteuerstrategie sogar noch angeheizt.

Die Zustimmung zur SVP-Initiative war im Kanton Schaffhausen mit 58,1 Prozent Ja sehr deutlich. Wie erklären Sie sich, dass selbst in den Gemeinden, in denen die Linke stark ist, eine Mehrheit für diese Initiative gestimmt hat?

Immer wieder wurde mit dem sogenannten «Dichtestress» argumentiert, aber in den grössten Städten der Schweiz, wo die Züge am vollsten und die Wohnungen am teuersten sind, wurde die Initiative am deutlichsten abgelehnt. In Kleinstädten und Agglomerationen stimmte die Bevölkerung hingegen für die Initiative. Schaffhausen als Kleinstadt ent-

Alle sagen Ja

Etwa gleich viele Stimmbürger wie 2009 bei der Abstimmung über die «Minarett-Initiative» strömten am vergangenen Wochenende im Kanton Schaffhausen zu den Urnen (70,5 Prozent). Deutlich höher als im Schweizer Durchschnitt war der Anteil der Ja-Stimmen (58,1 Prozent). Alle 26 Gemeinden, also auch die Stadt Schaffhausen und Neuhausen, stimmten dem von der SVP lancierten Volksbegehren zu. Das knappste Ergebnis weist die Gemeinde Stetten aus: 319 Ja, 282 Nein. Wie in der übrigen Schweiz waren auch im Kanton Schaffhausen die Ja-Mehrheiten dort am grössten, wo es weder volle Züge noch den viel beklagten «Dichtestress» gibt: in Barga (118 Ja, 30 Nein) und in Oberhallau (184 Ja, 62 Nein). (B.O.)



Umzug auf dem Fronwagplatz gegen die SVP-Zuwanderungsinitiative: Es hat alles nichts genützt. Die Zustimmung war in Schaffhausen überdurchschnittlich hoch.

spricht im Abstimmungsverhalten genau diesem Trend. Vielleicht haben auch, wie im Kanton Tessin, die vielen Grenzgängerinnen und Grenzgänger den Ausschlag gegeben.

Warum ist es nicht gelungen, die Stimmbürger von den negativen Folgen der Initiative zu überzeugen?

Der liberale Flügel der Wirtschaft hat es nicht geschafft, den Nutzen der bilateralen Abkommen aufzuzeigen. Wirtschaftliche Öffnung, Wachstum und Wohlstand wurden von der Bevölkerung sogar als Bedrohung wahrgenommen. Dem Ausbau der flankierenden Massnahmen haben sich die bürgerlichen Parteien, nicht zuletzt die SVP, verweigert und die Ängste bezüglich Lohndruck zu wenig ernst genommen. Das Abstimmungsresultat könnte dafür eine Quittung sein.

Wie geht es konkret weiter? Muss die Schweiz jetzt umgehend die Bilateralen Verträge mit der EU kündigen? Wird zuerst verhandelt, bevor man kündigt?

Nein, die Verträge werden sicher nicht durch die Schweiz gekündigt. Die Schweiz muss sich sehr schnell eine Strategie zu rechtlegen für die Verhandlungen mit der EU. Ich befürchte, dass dies ein steiniger und langwieriger Weg sein wird. In dieser Zeit wird die Schweiz an Ort treten. Für die Wirtschaft ist Unsicherheit Gift und führt zu Investitionen im Ausland und damit zur Abwanderung. Klar gefährdet ist das Forschungsabkommen, und die Verhandlungen über das unterschriftsreife Strommarkt abkommen sind

nach dem Abstimmungsergebnis vom letzten Sonntag bereits auf Eis gelegt worden. Wir werden also wieder ähnliche Erfahrungen machen wie 1992 nach dem Nein zum EWR. Als Konsequenz hatte die Schweiz zwölf Jahre lang kein Wachstum zu verzeichnen und konnte auch keine bedeutenden Abkommen mit der EU abschliessen.

Verschiedene Exponenten der EU haben sich bereits negativ über das Ja zur «Masseneinwanderungsinitiative» geäußert. Ist das nur eine vorübergehende Verärgerung oder müssen wir damit rechnen, dass uns künftig ein heftiger Gegenwind ins Gesicht bläst?

Gegen eine Schweiz der Ausgrenzung

Das Ja zur SVP-Zuwanderungsinitiative «frustriert und macht wütend, weil es vermeidbar gewesen wäre», schrieb Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz am Abend des Abstimmungssonntags den Mitgliedern. Unter dem Motto «Handeln statt jammern» hat die SP noch am gleichen Tag einen Aufruf «gegen eine Schweiz der Ausgrenzung und Abschottung» lanciert, der sich an den Bundesrat, die Wirtschaft und die bürgerlichen Parteien richtet. Der Aufruf enthält verschiedene Forderungen, «damit alle vom freien Personenverkehr profitieren und das Wirtschaftswachstum wirklich allen zu Gute kommt, nicht nur einzelnen Un-

Das wird sich schnell zeigen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Abkehr von der Personenfreizügigkeit – einem Grundprinzip der EU – mit freundschaftlichem Entgegenkommen quittiert wird.

Was halten Sie vom Vorschlag der FDP, Christoph Blocher zum Staatssekretär zu ernennen und ihn mit den Verhandlungen mit der EU zu beauftragen?

Diese Aussage erachte ich als unüberlegte Trotzreaktion der FDP. Der Bundesrat als Exekutive ist jetzt in der Pflicht, die Verhandlungen zu leiten. Die Verantwortung für das Verhandlungsergebnis den Initianten abzutreten, entspricht nicht meinem Demokratieverständnis.

Welche Strategie fährt die SP-Fraktion im Bundeshaus? Abwarten und Tee trinken, oder hat sie eigene Vorschläge, wie die Forderungen der SVP-Initiative umgesetzt werden können?

Für die SP ist wichtig, dass wir nicht zum alten Saisonnier-Statut zurückkehren. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen bei uns ein menschenwürdiges Leben führen können. Familien dürfen nicht auseinandergerissen werden. Wir werden uns darum für menschenwürdige Arbeitsbedingungen einsetzen, unabhängig vom sozialen Status der Zugezogenen. Diese Aufgabe dürfen wir keinesfalls auf die lange Bank schieben, denn die Verhandlungen mit der EU werden nach dieser Abstimmung wahrscheinlich Jahre dauern.

ternehmen und Managern»: Mindestlöhne und Gesamtarbeitsverträge gegen Lohndumping, effektiver Schutz der Mieten und bezahlbarer Wohnraum, ein Ende des ruinösen Steuerdumpings, Investitionen in die Bildung, Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine griffige Raumplanung.

Bis gestern Mittwoch haben rund 5000 Personen den Aufruf online unterschrieben, sagt Michael Sorg, Mediensprecher der SP Schweiz, «und innerhalb kürzester Zeit haben wir 100 neue Mitglieder gewonnen». Weitere Infos über den Aufruf erhalten Sie auf www.sp-ps.ch. (B.O.)